

„Knowledge Cities“: Wachstumsstrategien und institutionelle Barrieren für Städte mit Wissenschaftseinrichtungen

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich aus stadt-ökonomischer Perspektive mit dem Trend, daß Städte den innerhalb ihrer Grenzen vorhandenen Wissensressourcen zunehmende Aufmerksamkeit schenken und als Ansatzpunkt für regionale Wachstumsstrategien wählen.³⁰ Als Stätten der Produktion von Wissen und der Ausbildung von Humankapital nehmen die Wissenschaftseinrichtungen (Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen, Forschungsinstitute, Akademien) eine hervorgehobene Position ein. Beispielhaft für die Aktivierung städtischer Wissensressourcen für die Stadtentwicklung ist ein seit 2005 jährlich ausgeschriebener Städtewettbewerb, in dessen Rahmen deutsche Hochschulstädte um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ konkurrieren.³¹ Bisher haben die Städte Bremen/Bremerhaven (2005), Dresden (2006), Braunschweig (2007) und Jena (2008) diesen Titel errungen.

Das Besondere an dieser neuen Aufmerksamkeit liegt darin, daß sie mit einem Paradigmenwechsel verbunden ist, in dem sich die wachsende Bedeutung einer wissensbasierten Ökonomie widerspiegelt. Standen Wissenschaftseinrichtungen in der Vergangenheit in ihrer Funktion als harter (Teil der wirtschaftsrelevanten Infrastruktur) oder weicher (attraktionssteigernder und für das Image förderlicher) Standortfaktor durchaus im Blickfeld kommunaler Wirtschaftsförderung, so rückt nun die Bedeutung von Wissen als Produktionsfaktor in den Vordergrund.³² Ziel ist es, Wege zu finden,

daß vor allem die in der Stadtregion ansässigen Unternehmen vom Wissen und Humankapital der Wissenschaftseinrichtungen in räumlicher Nähe in besonderer Weise profitieren.

Man könnte vermuten, daß Deutschland mit seinem dichten Netz an Wissenschaftseinrichtungen eine Pionierfunktion darin einnimmt, diese Ressourcen für Wachstum und Stadtentwicklung fruchtbringend einzusetzen. Im folgenden soll im Rahmen einer Analyse der institutionellen Ebene verdeutlicht werden, daß in Deutschland verschiedene institutionelle Barrieren existieren, die es den Städten und ihren Wissenschaftseinrichtungen erschweren, den Erfordernissen einer aufziehenden wissensbasierten Ökonomie zu entsprechen. Der Beitrag ist vornehmlich deskriptiv angelegt, wobei insgesamt die Wertposition eingenommen wird, daß es vorteilhaft für Städte mit einer entsprechenden Ausstattung ist, eine „Knowledge City“-Strategie zu praktizieren. Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick darüber, was unter einer „Knowledge City“ zu verstehen ist, wie viele Städte günstige Voraussetzungen für eine „Knowledge City“-Entwicklungsstrategie haben, wie eine solche Strategie aussehen könnte und welche Politikelemente darin zu integrieren sind. Im Anschluß daran wird gezeigt, vor welchen institutionellen Barrieren eine solche Strategie derzeit steht. Zum Schluß wird auf erste Veränderungen im institutionellen Rahmen eingegangen, die signalisieren, daß in der Politik begonnen wird, diese Blockaden zu erkennen und abzubauen.

Was ist unter einer „Knowledge City“ zu verstehen?

Für den Begriff der „Knowledge City“ liegt bisher keine einheitliche Definition vor. Im Unterschied zu den Konzepten etwa einer „Universitätsstadt“

³⁰ Im November 2006 haben Delegierte aus 49 europäischen Städten in Magdeburg beim „Ersten Kongreß der Wissenschaftsstädte“ eine „Erklärung von Magdeburg“ verabschiedet, laut der die Städte „... Wissenschaft und die kreativen und wissensbasierten Industrien als Triebkräfte für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und urbane Entwicklung nutzen (möchten, P.F.), um die Lissabon-Strategie auf lokaler Ebene umzusetzen“. Vgl. http://www.sciencecities.eu/fileadmin/dokumente/Magdeburger_Erklaerung_Endfassung.pdf, Zugriff am 23.1.2007. Weitere einschlägige Tagungsthemen wie „Knowledge Cities: Villes du Futur“ (vgl. <http://www.eurocities2006.com>, Zugriff am 23.1.2007) oder „The First Knowledge Cities Summit“ (vgl. <http://globalkbdweek.mty.itesm.mx>, Zugriff am 23.1.2007) signalisieren die Aktualität des Themas auf internationaler Ebene.

³¹ Die Ausschreibung und Dotierung erfolgt durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

³² Der angesprochene Paradigmenwechsel vollzieht sich vor allem in Hocheinkommensländern und beinhaltet die Abkehr

von der Politik, die Output-Größe regionales Wachstum durch ein quantitatives Mehr an Input-Faktoren (Kapital, Arbeit, Infrastruktur) steigern zu wollen. Abnehmende Erträge einer solchen Politik lassen stattdessen Strategien attraktiv erscheinen, die die Kumulation von Wissen und seiner Umsetzung in dynamischeres Wachstum zum Ziel haben. Auch die von der EU verfolgte Lissabon-Strategie läßt sich hierunter subsumieren. Vgl. SOETE, L.: A Knowledge Economy Paradigm and its Consequences. MERIT Working Paper Nr. 2006-001. Maastricht 2006, pp. 7 f.

oder einer „Chemiestadt“ verweist dieses Konzept aber weniger auf einen stadtprägenden Branchenschwerpunkt, sondern auf ein spezifisches *stadtentwicklungspolitisches Leitbild*.³³ Um diesem Leitbild näherzukommen, ist strategisches Handeln erforderlich. Mit dem Konzept der „Knowledge City“ versuchen Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene, auf der Basis neuerer wachstumstheoretischer, innovations- sowie regionalökonomischer Erkenntnisse eine politische Strategie für ihre Stadt zu entwerfen und umzusetzen.³⁴ Als Antrieb dient die Erwartung, daß eine Stadt mit Hilfe einer derartigen Strategie ihre endogenen Potentiale in eine verbesserte Wachstumsperformanz umsetzen kann.

Ausgangsbasis entsprechender Überlegungen ist die Annahme, daß der Produktionsfaktor Wissen derzeit und zukünftig im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren an Bedeutung gewinnt. Wissensbasierte Ökonomien sind auf Quellen neuen Wissens angewiesen. Universitäten und Forschungsinstitute produzieren neues Wissen gewöhnlich in Form eines öffentlichen Guts, das nicht nur am Ort seiner Erzeugung, sondern günstigstenfalls weltweit zugänglich ist. Dies wird dadurch möglich, daß jenes Wissen in gedruckter oder elektronischer Form kodifiziert und publiziert wird. Der Standort der Wissensproduzenten gewinnt dann an Bedeutung, wenn Wissen als mehrdimensionales Konzept verstanden wird. Unter den Annahmen, daß Wissen neben den kodifizierten auch nicht-kodifizierte Bestandteile (implizites Wissen, tacit knowledge) enthält, deren Übermittlung face-to-face-Interaktionen erfordert, und der Anteil impliziten Wissens vor allem zu Beginn des Erzeugungsprozesses neuen Wissens hoch ist, gewinnt die räumliche Nähe zum Standort der Wissensproduktion an Relevanz.³⁵ Die folgenden Überlegungen zu

„Knowledge City“-Strategien stellen den Versuch dar, den Faktor der räumlichen Nähe zu Wissenschaftseinrichtungen für die Stadtentwicklung nutzbar zu machen.

Die Rolle von Städten und Metropolen im Rahmen einer wissensbasierten Ökonomie ist in der einschlägigen Literatur bisher unter zwei Aspekten diskutiert worden: Im *Kontextmodell* werden Städte vornehmlich als Orte großer Akteursdichte begriffen, deren Knoten- und Scharnierfunktion Wissensaustausch und neue Kombinationen existierenden Wissens erleichtern. Das *Ressourcenmodell* thematisiert Städte dagegen primär als Orte der Erzeugung von Wissen und Humankapital.³⁶ Im vorliegenden Beitrag steht dieser zweite Aspekt im Mittelpunkt. Zum einen wird die Ausstattung der deutschen Städte mit Wissenschaftseinrichtungen betrachtet (vgl. den folgenden Abschnitt). Zum anderen erweist sich die ressourcenbezogene Perspektive auch als anschlussfähig für ressourcenbezogene Handlungsstrategien aus der empirischen Managementforschung.³⁷ Ressourcenorientiertes strategisches Handeln erfordert demnach die Identifizierung der eigenen Kernkompetenzen (worin bestehen die Exzellenzpotentiale meiner Wissenschaftseinrichtung im Vergleich zu anderen?), Entscheidungen, nicht zu den Kernkompetenzen zählende Bereiche auszubauen oder aufzugeben sowie Initiativen, Kooperationen (z. B. Ausbildungsverbund, gemeinsam betriebener Forschungsschwerpunkt) mit anderen Wissenschaftseinrichtungen und/oder Firmen einzugehen.³⁸

Aus ökonomischer Sicht würden demnach jene Städte dem Leitbild einer „Knowledge City“ besonders gut entsprechen, denen es gelingt,

- a) gut funktionierende Netzwerke zwischen ihren Wissenschaftseinrichtungen und
- b) zwischen ihren Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen zu etablieren,

³³ Daher wird das Konzept „Knowledge City“ am Ende dieses Abschnitts auch als Leitbild-Konzept definiert. Vgl. S. 155-156.

³⁴ Vgl. dazu auch KUNZMANN, K. R.: Wissensstädte: Neue Aufgaben für die Stadtpolitik, in: U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik*. Wiesbaden 2004, S. 29-41.

³⁵ Vgl. dazu MASKELL, P. et al.: *Competitiveness, Localised Learning and Regional Development*. London, New York 1998, pp. 29 ff. – LEVER, W. F.: *Correlating the Knowledge-base of Cities with Economic Growth*, in: *Urban Studies* (39), pp. 859-870. – HAYEK, F. A.: *The Use of Knowledge in Society*, in: F. A. Hayek (ed.), *Individualism and Economic Order*. Chicago, London 1980, pp. 77-91, hier insbes. pp. 80 f (zuerst 1945).

³⁶ Vgl. zu dieser Unterscheidung KUJATH, H. J.: *Die neue Rolle der Metropolregionen in der Wissensökonomie*, in: H. J. Kujath (Hrsg.), *Knoten im Netz. Zur neuen Rolle der Metropolregionen in der Dienstleistungsökonomie und Wissensökonomie*. Münster 2005, S. 23-63, hier insbes. S. 34-47.

³⁷ HAMEL, G.; PRAHALAD, C. K.: *Wettlauf um die Zukunft*. Wien 1995, S. 243 ff.

³⁸ Vgl. ebenda, S. 285 ff., 307 ff., 337 ff.

- c) die Wissenschaftseinrichtungen zu motivieren, sich in Lehre und Forschung stärker auf die Bedürfnisse der Firmen in der Region auszurichten, sowie
- d) weitere Wissenschaftseinrichtungen und FuE-orientierte Unternehmen anzusiedeln.

Eine derartige zweckorientierte Verknüpfung zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung weist Parallelen mit dem „Triple Helix“-Modell der Wissensproduktion auf, wenngleich das darin postulierte Verschwimmen der Grenzen zwischen Universitäten und profitorientierten Unternehmen nicht im Leitbild enthalten ist.³⁹

Die Vorteile einer erfolgreichen Strategie im Sinne des Leitbilds würden in erster Linie in der Etablierung eines regional verankerten, jedoch wissenschafts- und wirtschaftsübergreifenden innovativen Milieus,⁴⁰ aber auch bei den Wissenschaftseinrichtungen selbst und auf der Ebene der Städte eintreten. Die Wissenschaftseinrichtungen könnten durch institutionelles Wachstum ihre Wissensproduktion und -vermittlung und damit auch ihre Reputation steigern. Für die Städte bedeuten florierende Wissenschaftseinrichtungen kurzfristig gesehen einen Zustrom neuer Einwohner und nachfragebedingtes Wachstum.⁴¹ Langfristig gese-

³⁹ ETZKOWITZ, H.; LEYDESDORFF, L. (Hrsg.): *Universities and the Global Knowledge Economy. A Triple-Helix of University-Industry-Government Relations*. London 1997. Zur Kritik einiger Grundannahmen des „Triple Helix“-Modells vgl. WEINGART, P.: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist 2001, S. 194 ff., 229 f.

Für eine Anwendung des „Triple Helix“-Modells auf deutsche Regionen vgl. LEYDESDORFF, L.; FRITSCH, M.: *Measuring the Knowledge Base of Regional Innovation Systems in Germany in Terms of a Triple Helix Dynamics*, in: *Research Policy*, Vol. 35, H. 10, 2006, pp. 1538-1553. Auf Handlungsoptionen von Städten und Wissenschaftseinrichtungen wird dort allerdings nicht eingegangen.

⁴⁰ FRANZ, P.: *Innovative Milieus als Extrempunkte der Interpenetration von Wirtschafts- und Wissenschaftssystem*, in: *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, 19. Jg., H. 2, S. 107-130.

⁴¹ *Zum Verhältnis von Nachfrage- und Angebotseffekten der Wissenschaftseinrichtungen in einer Region* vgl. ROSENFELD, M. T. W.; FRANZ, P.; ROTH, D.: *Was bringt die Wissenschaft für die Wirtschaft in einer Region? Regionale Innovations-, Wachstums- und Einkommenseffekte von öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen am Beispiel der Region Halle*. Schriften des IWH, Bd. 18. Nomos-Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2005, S. 18ff.

hen wird die städtische Wirtschaftskraft durch die Ansiedlung neuer Firmen (Zuzug von außen und Spin-offs) im Stadtgebiet gestärkt.

Wissenschaftseinrichtungen als grundlegende Ressourcen von „Knowledge Cities“

Legt man diese Überlegungen zugrunde, so ist davon auszugehen, daß nur solche Städte Chancen haben, sich als „Knowledge City“ zu profilieren, die über wissenserzeugende Institutionen verfügen. Aus der Tabelle geht hervor, wie viele der 700 deutschen Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern dieser Voraussetzung entsprechen. Über mindestens eine Wissenschaftseinrichtung verfügen 21,4% der Städte, wenn man nur auf die öffentlich finanzierten Hochschulen und Forschungsinstitute blickt.⁴² Dieser Anteil steigt auf 29%, schließt man die privaten Hochschulen mit in die Betrachtung ein. In Deutschland ist die weitaus größte Zahl der Wissenschaftseinrichtungen öffentlich finanziert. Daneben gibt es aber auch eine wachsende Zahl anderweitig finanzierter Wissenschaftseinrichtungen, von welchen in der Tabelle die Hochschulen in privater und kirchlicher Trägerschaft berücksichtigt werden.⁴³

Aus der Tabelle geht zugleich hervor, daß sich in größeren Städten – wenig überraschend – in der Regel eine höhere Zahl von Wissenschaftseinrichtungen konzentriert. Von den 17 Städten mit mehr als 250 000 Einwohnern verfügt jede über mindestens eine Hochschule. Die Betrachtung der Städte nach Größenkategorien zeigt auch, daß die privaten Hochschulen ihren Standort besonders häufig in Städten mit bis zu 75 000 Einwohnern haben.

Auf die Zahl der Wissenschaftseinrichtungen bezogen nimmt Berlin unter den Städten mit mehr

⁴² Die in der Tabelle berücksichtigten öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen umschließen nicht die direkt den Bundes- oder Länderministerien unterstellten Forschungseinrichtungen (z. B. Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft), da deren ressortbezogene Forschung nicht primär das Ziel der Erzeugung neuen Wissens in Form eines öffentlichen Guts verfolgt und deren Leitung in der Regel kaum über eigenständige wissenschaftspolitische Handlungsspielräume (vgl. Übersicht) verfügt.

⁴³ In Deutschland sind etwa 1% der Studenten an privaten Universitäten und etwa 10% an privaten Fachhochschulen eingeschrieben. Vgl. BRAUNS, H.-J.: *Private Hochschulen in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme*. Berlin 2003, S. 18. Der relativ hohe Anteil an Fachhochschulstudenten resultiert in erster Linie aus der Vielzahl kirchlicher Einrichtungen für Sozialwesen-Studiengänge.

Tabelle:

Städte in Deutschland nach Einwohnerkategorie und Zahl ihrer Wissenschaftseinrichtungen

Städte mit ... Einwohnern	Anzahl insge- samt (2)	Darunter: (a) Mit ... öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen ^a (b) Mit ... öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen ^a und privaten Hochschulen ^b											
		20 und mehr		10 - 20		5 - 9		2 - 4		1		In % von Spalte (2)	
		(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)	(a)	(b)
20 000 bis unter 50 000	510	-	-	-	-	-	-	7	13	39	67	9,0	15,7
50 000 bis unter 75 000	77	-	-	-	-	-	1	7	10	19	25	33,8	46,8
75 000 bis unter 100 000	31	-	-	-	-	2	2	5	8	4	4	35,5	45,2
100 000 bis unter 250 000	55	-	-	3	6	10	9	15	18	12	13	72,7	83,6
250 000 bis unter 500 000	15	1	1	2	4	4	5	6	4	2	1	100,0	100,0
500 000 und mehr	12	1	4	5	4	4	2	2	2	-	-	100,0	100,0
Insgesamt	700	2	5	10	14	20	19	42	55	76	110	21,4	29,0

^a Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen und staatliche Berufsakademien, Forschungsinstitute der Max-Planck-, Fraunhofer-, Helmholtz-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft. – ^b Privat und kirchlich finanzierte Einrichtungen mit dem Status einer Universität, Hochschule oder Fachhochschule.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch der BRD 2006, Wiesbaden 2006, S. 38 f.; <http://www.studieren.de>; <http://www.fraunhofer.de>; <http://www.mpg.de>; <http://www.helmholtz.de>; <http://www.wgl.de>; Berechnungen des IWH.

als 500 000 Einwohnern eine Spitzenstellung ein, gefolgt von Dresden in der Kategorie zwischen 250 000 und 500 000 Einwohnern. Unter den mittelgroßen Städten mit 100 000 bis zu 250 000 Einwohnern verfügen Potsdam, Freiburg i. Br., Karlsruhe und Saarbrücken über die meisten Wissenschaftseinrichtungen.⁴⁴

Die Zahl der an einem Ort versammelten Wissenschaftseinrichtungen sagt zwar durchaus etwas über die dort vorhandenen Potentiale der Wissensproduktion aus, sie läßt sich jedoch nicht als Indikator für die Erfolgsaussichten einer „Knowledge City“-Strategie heranziehen. Für Städte mit nur einer Hochschule und wenigen weiteren Forschungsinstituten ist es unter Umständen leichter, diese zur Kooperation zu bewegen als Städte mit einem weit

höheren Besatz an Wissenschaftseinrichtungen, deren Rivalitäten Kooperationen erschweren.⁴⁵

Politische Instrumente für eine „Knowledge City“-Strategie

Nach Überprüfung der rein quantitativen Voraussetzungen stellt sich die Frage, welche politischen Instrumente im Rahmen einer „Knowledge City“-Strategie relevant sind und welche Politikebenen berührt werden.

Die Zusammenstellung einschlägiger Instrumente in der untenstehenden Übersicht umfaßt neben der kommunalen Ebene auch die Länder- und Bundesebene. Hier gilt es zu berücksichtigen, daß Programme und Direktiven auf der Bundes- und Länderebene die Bedingungen von Wissenschaftseinrichtungen und von Firmen, die deren Wissen nutzen, beeinflussen. So wird eine Vielzahl von

⁴⁴ Die hier rein auf die Städte bezogene Betrachtung läßt außer acht, daß sich bei einer stadtreionalen Betrachtung unter Umständen etwas andere Rangordnungen ergeben könnten. So befinden sich z. B. in direkter Nachbarschaft der Stadt Bonn (elf Wissenschaftseinrichtungen) am Standort St. Augustin vier weitere Forschungsinstitute und zwei Hochschulen. Die generelle Anwendung einer stadtreionalen Perspektive würde allerdings auch wieder neue Zuordnungsprobleme schaffen, wie z. B. im Fall von Potsdam und Berlin.

⁴⁵ Zu den Schwierigkeiten der deutschlandweit mit Wissenschaftseinrichtungen bestausgestatteten Stadt Berlin, diese zu einer koordinierenden Strategie zu aktivieren, vgl. BRAKE, K.: Berlin: Stadt des Wissens – Optionen und Handlungsansätze, in: U. Matthiesen (Hrsg.), Stadtregion und Wissen. Wiesbaden 2004, S. 269-276. – MATTHIEN, U.; BÜTTNER, K.; JÄHNKE, P.; LANGE, B.: Zwischen Spardiktat und Exzellenzansprüchen. Wissenschaftsstadt Berlin, in: DISP, Nr. 156, 2004, S. 75-87.

Übersicht:

Relevante Politikbereiche für eine „Knowledge City“-orientierte Stadtentwicklungsstrategie

Politikebene/-bereich/Zuständigkeit	Politische Maßnahmen
Bundes- und Länderebene	
Wissenschaftspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Entscheidungen über Standorte, Profile, Erweiterungen und Schließungen von Wissenschaftseinrichtungen - Ausschreibung von Exzellenz-Wettbewerben für Universitäten (seit 2005 auf der Länderebene und seit 2006 auf der Bundesebene)
Technologie- und Innovationspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Förderprogramme für Netzwerke zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen und für die Anwendung und Entwicklung neuer Technologien
Kommunale Ebene	
Stadtplanung	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der städtischen Attraktivität für Studenten und Wissenschaftler, z. B. durch Schaffung von Wohngelegenheiten, Einrichtungen für Freizeitaktivitäten, Revitalisierung der Innenstadt - Planung und Bau von Einrichtungen (z. B. Technologieparks), die den Wissenstransfer zwischen Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen intensivieren
Kommunale Wirtschaftsförderung	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der Ausstattung einer Stadt mit Infrastruktureinrichtungen - Standortmarketing zur Anwerbung neuer Unternehmen - Lobbying zur Errichtung und Ansiedlung neuer Wissenschaftseinrichtungen - Begleitende Unterstützung von Netzwerken und bilateralen Kooperationen zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen - Einsatz für lokale Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventen - Unterstützung von Spin-offs und anderen Formen des Unternehmertums des Personals von Wissenschaftseinrichtungen
Leitungsebene der Wissenschaftseinrichtungen	
Lokale/Regionale Wissenschaftspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Profilierung and Neuausrichtung der eigenen Institution - Lobbying für Interessen des wissenschaftlichen Personals bei der kommunalen Verwaltung - Initiative für bilaterale Kooperationen und Netzwerke zwischen Wissenschaftseinrichtungen - Unterstützung von Spin-offs - Unterstützung der Kooperation mit Unternehmen

Quelle: Zusammenstellung des IWH.

entwicklungsrelevanten Entscheidungen für Hochschulen und Forschungsinstitute von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung getroffen (vgl. Übersicht). Ein relativ neues wettbewerbliches Instrument stellen die Exzellenzinitiativen von Bund und Ländern dar, in deren Rahmen einer „Stärkt die Stärken“-Strategie einzelne Universitäten und Netzwerke von Hochschulen und Forschungsinstituten eine zusätzliche Förderung erhalten.

Die verschiedenen in der Übersicht aufgelisteten Maßnahmen beschreiben den generellen Rahmen, innerhalb dessen die einzelnen Politikakteure selbst entscheiden müssen, welche Schwerpunkte sie setzen. So wird z. B. für eine Stadt mit einem bereits hohen Besatz an Technologie- und Grün-

derzentren (TGZ) eher der Aspekt der Kooperation zwischen diesen Einrichtungen in den Blickpunkt rücken, während in einer anderen Stadt mit einem Defizit an TGZ, aber vorhandenen Technologie-Schwerpunkten in den Wissenschaftseinrichtungen infrastrukturpolitische Maßnahmen Priorität besitzen.

Die besonderen Herausforderungen für die Verfechter einer „Knowledge City“-Strategie bestehen zusammengenommen darin, die politischen Ziele und Maßnahmen *mehrerer Politikebenen* aufeinander abzustimmen und bestimmte Akteure auf unterschiedlichen Ebenen zur Kooperation anzuhalten. Die zentralen Elemente einer „Knowledge City“-Strategie umfassen somit Vernetzungsaktivitäten und eine Mehrebenen-Politik. Letztere betreffen die Bundes- und Länderebene, die kommunale Ebene

und die Ebene der Wissenschaftseinrichtungen selbst (vgl. Übersicht). Komplizierend wirkt weiter, daß verschiedene Akteure über institutionelle Beziehungen verflochten sind – wie die unter der Aufsicht der Kultusministerien der Länder stehenden Hochschulen – und dementsprechend nur eingeschränkte Handlungsautonomie besitzen. Ausgerechnet die Vertreter der kommunalen Ebene verfügen derzeit aber über die wenigsten Mittel und die geringste (Entscheidungs-)Macht, um einer „Knowledge City“-Strategie zum Erfolg zu verhelfen. Im folgenden Abschnitt werden verschiedene Probleme aufgezeigt, die aus den verschiedenen Politikebenen und den unterschiedlichen Entscheidungsbefugnissen resultieren.

Regulierungen im Hochschulbereich erschweren die Umsetzung einer „Knowledge City“-Strategie

Die deutschen Universitäten und Fachhochschulen werden in der Regel von den Ländern verwaltet und unterliegen der Rechtsaufsicht ihres Sitzlandes. Dieses enge Regulierungskorsett bewirkt, daß eine Stadtentwicklungsstrategie mit dem Leitbild einer „Knowledge City“ das Problem zu bewältigen hat, daß der Entwicklungspartner – die öffentliche Wissenschaftseinrichtung – durch die finanzielle Abhängigkeit vom Land in Teilen ferngesteuert ist und für die Entwicklungsfragen der Standortstadt nur begrenzte Aufmerksamkeit zeigt. Stadtentwicklungsplanung mit Universitäten ist ein komplizierter Prozeß, da nicht nur Stadt und Universität, sondern auch das Kultusministerium des Landes mit am Tisch sitzen. Bei den Bauvorhaben, die über das Hochschulbauförderungsgesetz finanziert werden, entscheiden darüber hinaus auch der Bund bzw. die oben angeführte Bund-Länder-Kommission mit. Eine Stadt, die das Leitbild verfolgt, sich zu einer „Knowledge City“ zu entwickeln, muß sich also mit Akteuren auseinandersetzen, die in entscheidenden Punkten fremdgesteuert werden und nur geringe Autonomie haben.

Dies hat zur Folge, daß nicht nur die Entscheidungsprozesse sehr schwerfällig ablaufen, sondern daß bei der Entscheidung über den Standort eines bestimmten Instituts oft Aspekte der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeitsstadt oder Kriterien der erleichterten Kooperation zwischen bestimmten Universitäts-Fachbereichen kaum eine Rolle spielen. Vielmehr ist die Wahrscheinlichkeit hoch,

daß sich betriebswirtschaftliche (welche Gebäude lassen sich am kostengünstigsten betreiben?) gegenüber stadtplanerischen Kriterien durchsetzen, oder daß nach Zufallskriterien (ein Grundstück befindet sich in Landesbesitz) entschieden wird. Die Verfügbarkeit von Grundstücken hat z. B. im Fall von Universitäten mit innerstädtischem Standort häufig dazu geführt, daß dieser Standort zugunsten von Randlagen aufgegeben wird. Mit der Anwendung einer „Knowledge City“-Strategie gewinnen Fragen der Standortplanung und auch der architektonischen Planung von Wissenschaftseinrichtungen neue Bedeutung, wobei kaum verlässliche Forschungsergebnisse darüber existieren, welche baulich-räumlichen Formen bestimmte ökonomische Effekte begünstigen.⁴⁶ So ist z. B. die Frage, ob sich unter den verschiedenen baulich-räumlichen Formen von Universitäten reine Campus-Universitäten schlechter für eine „Knowledge City“-Strategie eignen als Universitäten, die eng mit der Innenstadt verzahnt sind, derzeit nur schwer beantwortbar. Würde man sich an der Hypothese von R. Florida orientieren, daß starke regionalökonomische Effekte vor allem dort zu erwarten sind, wo die Existenz lokaler „Szenen“ die Wahrscheinlichkeit erhöht, daß sich Vertreter unterschiedlicher Dimensionen (wissenschaftlich, künstlerisch, ökonomisch) von Kreativität treffen und austauschen,⁴⁷ müßte eine „Knowledge City“ eher daran interessiert sein, zentrumsnahe statt zentrumsferne Wissenschaftsstandorte auszubauen.

⁴⁶ KUNZMANN unterscheidet in Deutschland acht Kategorien von Wissenschaftsstandorten (die urbane Traditionsuniversität, die fragmentierte Hochschule, die bipolare Hochschule, die Hochschulfabrik am Stadtrand, die Anker-Hochschule, die Traditionshochschule in der Mittelstadt, die private Eliteschmiede, die Universität der Künste) und vergleicht deren Standortstärken und -schwächen im Hinblick auf Erweiterungsmaßnahmen. Vgl. KUNZMANN, K. R., a. a. O., S. 36 ff. – KÜHN, M.: Wissenschaftsstädte – Wissenschaftsparks. Wissensbasierte Siedlungsstrukturen in deutschen Stadtregionen, in: Raumforschung und Raumordnung, 61. Jg., H. 3, 2003, S. 139-149.

⁴⁷ FLORIDA, R.: The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community, and Everyday Life. New York 2002, pp. 30 ff. Vgl. dazu auch FRANZ, P.: Innovative Milieus in ostdeutschen Stadtregionen: „sticky places“ der kreativen Klasse?, in: U. Matthiesen (Hrsg.), Stadtregion und Wissen. Wiesbaden 2004, S. 109-122, hier insbes. S. 116 ff. – FRITSCH, M.; STÜTZER, M.: Die Geographie der Kreativen Klasse in Deutschland, in: Raumforschung und Raumordnung, 65. Jg., H. 1, 2007, S. 15-28, hier insbes. S. 16 f.

Etwas größer ist der Handlungsspielraum von Städten auf dem Gebiet der Unternehmensausgründungen aus Universitäten. Hier stehen den Kommunen Förderprogramme zur Verfügung, mit deren Hilfe Starterzentren sowie Technologie- und Gründerzentren errichtet werden können. Auf die fachliche Ausrichtung einer Universität hat aber eine Stadt keinen direkten Einfluß.

Ausblick: Erste Bemühungen zur Deregulierung erkennbar – aber schon ausreichend?

Die von mehreren Seiten als problematisch angesehene reduzierte Handlungsautonomie öffentlich finanzierter Hochschulen steht in letzter Zeit häufiger im Mittelpunkt politischer Bemühungen. Im Jahr 2005 hat der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ein Modellprojekt „Die deregulierte Universität“ aufgelegt, in dessen Rahmen fünf Universitäten neue Erfahrungen mit einer erweiterten Autonomie sammeln sollen.⁴⁸ Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen 2006 ein Hochschulfreiheitsgesetz (Hervorh. P.F.) verabschiedet,⁴⁹ demzufolge seine Hochschulen den Status autonomer Körperschaften öffentlichen Rechts erhalten. Zukünftig werden diese ein Globalbudget erhalten, über dessen Verwendung sie selbst entscheiden können (§5). Das Gesetz beinhaltet auch den Statuswechsel des Hochschulpersonals von Landes- zu Hochschulbeschäftigten (§33, 34) und die Einrichtung eines Aufsichtsrats (§21) mit Wissenschaftlern, Managern und Unternehmern. Diese Innovation soll die Funktion der Hochschulen für die Wirtschaft stärken und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft begünstigen.

Aktivitäten wie diese zeigen, daß die Politik auf die oben konstatierte Problematik zu reagieren beginnt. Die Wahrscheinlichkeit steigt, daß Hochschulen mit gesteigerter Autonomie zukünftig auch eine kompetentere Rolle als bisher bei der Umsetzung von „Knowledge City“-Strategien spielen kön-

nen. Dies könnte auch die Schwerpunktsetzung bei Fachbereichen und Studiengängen betreffen, die von den Leitungsgremien der Hochschulen in Abstimmung mit der kommunalen Wirtschaftsförderung stärker auf die sektoralen Schwerpunkte der Wirtschaft in der Region ausgerichtet werden könnten.

Ob Deregulierungsmaßnahmen der beschriebenen Art und häufiger aufgelegte Förderwettbewerbe allein ausreichen, daß sich mehr Städte auf eine „Knowledge City“-Strategie einlassen, ist zu bezweifeln. Städte haben in der Vergangenheit primär auf die von den Ausgaben der Wissenschaftseinrichtungen und ihres Personals (einschließlich Studenten) ausgehenden Nachfrageeffekte gesetzt, die ihre Wirkung in einem relativ kurzen Zeitraum entfaltet haben. Dagegen tritt die wachstumssteigernde Wirkung der im Rahmen der „Knowledge City“-Strategie im Mittelpunkt stehenden Angebotseffekte erst nach längerer Frist zu Tage. Wie solche Anreizstrukturen für eine verbesserte Kooperation zwischen den Städten und ihren Wissenschaftseinrichtungen gestaltet sein müssen, ist eine offene und wichtige Forschungsfrage.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß sich zwischen zunehmend deregulierten Hochschulen auch eine neue Wettbewerbsdynamik mit nicht-intendierten Folgewirkungen entfalten könnte. Diesbezüglich werden in der politischen Debatte erste Warnungen geäußert, daß eine intensiviertere Hochschulkonkurrenz Hochschulstandorte in peripheren Regionen gefährden könnte, die in der Vergangenheit primär in ausgleichspolitischer Absicht gegründet worden sind.⁵⁰ Diese erst am Anfang stehende Auseinandersetzung über Ziele zeigt, daß auch in dieser Hinsicht weiterer dringender Forschungsbedarf besteht.

Peter Franz
(*Peter.Franz@iwh-halle.de*)

⁴⁸ Im Rahmen des bis 2007 befristeten Modellprojekts sollen die Technischen Universitäten in Darmstadt, Dresden und München sowie die Universitäten Göttingen und Heidelberg ihre Erfahrungen in einen „code of good governance“ einfließen lassen. Vgl. www.stifterverband.de/site/php/foerderung.php?SID=&seite=Programm&programmnr=37&detailansprechnr=772, Zugriff am 7.2.2007.

⁴⁹ Vgl. http://www.innovation.nrw.de/Hochschulen_in_NRW/Recht/HFG.pdf, Zugriff am 7.2.2007.

⁵⁰ Vgl. dazu POSTLEP, R.-D.: Räumliche Wirkungen eines verschärften Wettbewerbs zwischen den universitären Bildungs- und Forschungseinrichtungen in Deutschland – eine Problemskizze, in: G. Färber (Hrsg.), Das föderative System in Deutschland. Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 224. Hannover 2005, S. 231-239, hier insbes. S. 236-238.